

Letzter Versuch mithilfe von „Aida“

Aktionsbündnis will über umstrittene Straßenbauprojekte diskutieren

Von Ralf Müller

München. 309 verschiedene Autobahn- und Bundesstraßenprojekte sieht der neue Bundesverkehrswegeplan (BVWP) für Bayern vor, den der Bundestag am 2. Dezember beschließen soll. An die 15 davon stoßen bei Umweltschützern und örtlichen Bürgerinitiativen auf massive Kritik. Um zu verhindern, dass mit der Verabschiedung des BVWP vollendete Tatsachen geschaffen werden, haben sich Bürgerinitiativen und Umweltverbände zum Aktionsnetzwerk für Infrastruktur-Dialoge und Alternativprüfung, kurz Aida, zusammengeschlossen.

Aida soll die Bundestagsabgeordneten der Koalition noch vor der Verabschiedung davon überzeugen, den Bürgerdialog ernster zu nehmen als bisher und die umstrittenen Projekte einem „ergebnisoffenen Dialog mit Prüfung von Alternativen“ zu unterziehen, bevor sie in das Bundesfernstraßengesetz eingestellt und damit in Gesetzesform gegossen werden.

Bei der Aufstellung des BVWP 2030 hat es zwar eine Öffentlichkeitsbeteiligung gegeben, die Verbände und Initiativen fühlen sich aber nicht ernst genommen. In keinem Fall habe das Bundesverkehrsministerium aufgrund der Zehntausenden von Eingaben irgendwelche Änderungen vorgenommen, sagte der Landesbeauftragte des Bund Naturschutz in Bayern, Richard Mergner, gestern in München. Wenn aber erst einmal ein Projekt im vorrangigen Bedarf des BVWP aufgenommen sei, sei es erfahrungsgemäß sehr schwierig, in den Genehmigungsverfahren daran noch etwas zu ändern.

Als Beispiele für hoch umstrittene Projekte im Entwurf für den BVWP nannten Vertreter von Bür-

gerinitiativen gestern die Westumfahrung von Würzburg im Zuge der B26 neu, die Osttangente Augsburg (B2) und die Nordumfahrung von Passau (B388). Aber auch gegen den Bau der B15 neu von Landshut nach Rosenheim sowie gegen den sechsstreifigen Ausbau der Autobahn A8 zwischen Rosenheim und Traunstein gibt es Proteste. In allen diesen Fällen seien zum Teil sehr qualifizierte Alternativvorschläge beim Bundesverkehrsministerium eingereicht worden, sagte Mergner. Kein einziger sei berücksichtigt worden.

Diese Erfahrungen hat auch Martin Heilig von der unterfränkischen Bürgerinitiative gegen die Würzburger Westumfahrung gemacht. Auch 20 Gemeinden aus den Landkreisen Würzburg und Main-Spessart sind Mitglied der Initiative. Diese hätten zum Teil sehr ausgefeilte Eingaben im Zuge der Öffentlichkeitsbeteiligung gemacht, die

allesamt folgenlos geblieben seien: „Außer einer Eingangsbestätigung hat es keine Rückmeldungen gegeben“, sagt Heilig.

Martin Ziegler, Sprecher der Bürgerinitiative „Natur ja – Nordtangente nein“ aus Passau, wundert sich, wie ein Projekt mit einer offensichtlich völlig unrealistischer Kostenschätzung in Berlin durchgewinkt werden kann. Für die 8,5 Kilometer lange Bundesstraße mit zwei großen Brücken, die verkehrlich sinnlos und für die Umwelt schädlich sei, seien lediglich 60 Millionen Euro veranschlagt.

Wolfhard von Thienen, Sprecher des Aktionsbündnisses „Keine Osttangente Augsburg“ warnte vor einer Auseinandersetzung à la „Stuttgart 21“, sollte die 25 Kilometer lange Schnellstraße durch das Lechtal gebaut werden: „So wie es bisher gelaufen ist, fühlen sich die Bürger über den Tisch gezogen.“



Das neue Aktionsnetzwerk Aida befürchtet eine „Straßenbau-Orgie“ – und stellt sich gegen den Bundesverkehrswegeplan. (Archivfoto)